

# AMT UNTERSPREEWALD

## Beschlussvorlage

Stadt: **Golßen**



☒ öffentlich    ☐ nicht öffentlich    ☐ Dringlichkeit

Gremium	Beteiligung	Datum der Sitzung	TOP	Beratungsstatus	
				vorberatend	beschließend
Bildungs-, Jugend-, Kultur- u. Sportausschuss	<input type="checkbox"/>			<input type="checkbox"/>	
Planungs-, Bau-, Wirtschafts- u. Umweltausschuss	<input type="checkbox"/>			<input type="checkbox"/>	
Ausschuss Haushalt und Finanzen	<input type="checkbox"/>			<input type="checkbox"/>	
Ortsbeirat Mahlsdorf	<input type="checkbox"/>			<input type="checkbox"/>	
Ortsbeirat Zützen	<input type="checkbox"/>			<input type="checkbox"/>	
Hauptausschuss	<input type="checkbox"/>			<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Stadtverordnetenversammlung	<input checked="" type="checkbox"/>	13.10.2025	14	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

**Beratungsgegenstand:** Ergänzung § 3 Aufwandsentschädigungssatzung Stadt Golßen- Streichung Sitzungsgeld bei sachgrundlosem Verlassen der Sitzung - Antrag der AfD-Fraktion

Einreicher der Vorlage	Vorlagennummer	Datum
Fraktion - AfD	108-2025	16.09.2025

### A. Beschlussvorlage:

☒ **Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:**

☐ **Der Hauptausschuss beschließt:**

In § 3 der Aufwandsentschädigungssatzung der amtsangehörigen Stadt Golßen des Amtes Unterspreewald wird nach Absatz 4 folgender neuer Absatz 5 eingefügt:

(5) Ein Anspruch auf Zahlung von Sitzungsgeld entfällt, wenn ein Mitglied der Stadtverordnetenversammlung oder einer ihrer Ausschüsse die jeweilige Sitzung ohne sachlichen Grund vorzeitig verlässt.

### Begründung der Beschlussvorlage:

Die Stadtverordnetenversammlung ist auf die kontinuierliche und vollständige Mitwirkung aller Mitglieder angewiesen. Das unentschuldigste Verlassen einer Sitzung stellt eine Verletzung der Pflicht zur Teilnahme an den Sitzungen dar, wenn das Mitglied nicht begründet an der weiteren Teilnahme gehindert war. Dies hat zuletzt der geschlossene Auszug der gesamten Fraktion aus SPD/CDU/Linke/AoDB- *Gemeinsam für Golßen (GfG)* aus der Stadtverordnetenversammlung deutlich gezeigt: Eine politische Meinungsäußerung wurde dabei durch Abwesenheit ersetzt.

Es ist gegenüber den Bürgern, die ihre Vertreter gewählt haben, nicht vertretbar, dass für eine nur teilweise wahrgenommene Sitzung ein vollständiges Sitzungsgeld gezahlt wird, solange kein Sachgrund zum Verlassen der Sitzung vorlag.

Die Satzungsänderung soll diesem Umstand Rechnung tragen und die Bedeutung der kontinuierlichen Mitwirkung betonen.

**Hinweis:**

**Finanzielle Auswirkungen**

Ja

☒ Nein

**Anlagen**

---

Datum

Unterschrift des Fraktionsvorsitzenden:  
Fraktion - AfD

### **C. Beschluss:**

**Die Stadtverordnetenversammlung / Der Hauptausschuss beschließt:**

- ☒ nach dem Wortlaut der Beschlussvorlage
- ☐ in Abänderung des Wortlautes der Beschlussvorlage wie folgt:

**Begründung des Beschlusses bei Abänderung des Wortlautes der Beschlussvorlage  
oder  
Ablehnung der Beschlussvorlage**

#### **Zustimmungsempfehlung Hauptausschuss:**

Gesetzl. Anzahl	Anwesend	Ja	Nein	Enthaltung

#### **Zustimmungsempfehlung Bildungsausschuss:**

Gesetzl. Anzahl	Anwesend	Ja	Nein	Enthaltung

#### **Zustimmungsempfehlung Bauausschuss:**

Gesetzl. Anzahl	Anwesend	Ja	Nein	Enthaltung

#### **Zustimmungsempfehlung Finanzausschuss:**

Gesetzl. Anzahl	Anwesend	Ja	Nein	Enthaltung

#### **Abstimmungsergebnis:**

Gesetzl. Anzahl	Anwesend	Ja	Nein	Enthaltung
17	15	8	7	

Von der Beratung und Abstimmung waren gemäß §22 BbgKVerf wegen Besorgnis der Befangenheit ausgeschlossen:

	Sichtvermerk	
Datum/Unterschrift Vorsitzende/r	Datum/Unterschrift Amtsleiter/in	Datum/Unterschrift Amtsdirektor

**B. Stellungnahme des Ortsbeirates/Ausschusses zur Vorlagennummer 108-2025:**

**Beratungsgegenstand:** Ergänzung § 3 Aufwandsentschädigungssatzung Stadt Golßen-  
Streichung Sitzungsgeld bei sachgrundlosem Verlassen der Sitzung

Ortsbeirates/Ausschuss: \_\_\_\_\_

☐ Zustimmung      ☐ Ablehnung

Begründung bei Ablehnung:

**Abstimmungsergebnis des Ortsbeirates/Ausschusses:**

Gesetzl. Anzahl	Anwesend	Ja	Nein	Enthaltung

Von der Beratung und Abstimmung waren gemäß §22 BbgKVerf wegen Besorgnis der Befangenheit ausgeschlossen:

Datum      Unterschrift des Vorsitzenden des Ortsbeirates/Ausschusses

**Diese Originalseite ist, vor Sitzungsbeginn, der ehrenamtlichen Bürgermeisterin vorzulegen.**